

Landtagswahlen | 03.03.2016 | Lesezeit 2 Min.

Auf die Sieger wartet viel Arbeit

Die wirtschaftliche Situation in den drei Bundesländern, in denen Wahlen anstehen, ist zwar ganz unterschiedlich – aber alle künftigen Landesregierungen stehen vor großen Herausforderungen.

Am 13. März wählen die Bürger in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz neue Landtage. In wirtschaftlicher Hinsicht sind die drei Länder so unterschiedlich aufgestellt wie ihre noch amtierenden Regierungen. Ein Überblick:

1. **Baden-Württemberg.** Das seit fünf Jahren von einer grün-roten Koalition unter Winfried Kretschmann regierte „Ländle“ ist eine Industriehochburg: Zu den Stärken des Standorts gehören vor allem die Automobilindustrie und ihre Zulieferer mit großen Namen wie Audi, Daimler und Bosch sowie zahlreiche international erfolgreiche mittelständische Betriebe verschiedener Branchen. Das schlägt sich in der Wirtschaftsleistung nieder (Grafik):
-

Mit gut 40.300 Euro wies Baden-Württemberg 2014 das dritthöchste Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner aller Flächenländer auf.

× Wahl 2016 × Wahl 2016 × Wahl 2016 × Wahl 2016 × Wahl

Vor den Landtagswahlen:
Die Verfassung der Wirtschaft



	Baden-Württemberg	Rheinland-Pfalz	Sachsen-Anhalt	Deutschland insgesamt
Arbeitslosenquote 2015 in Prozent	3,9	5,2	10,2	6,4
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte – Veränderung 2015 gegenüber 2011 in Prozent	8,9	6,7	0,7	7,4
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2014 in Euro	40.321	31.914	24.329	35.367
Bruttoinlandsprodukt – nominale Veränderung 2014 gegenüber 2011 in Prozent	8,2	6,5	6,9	7,6

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult

Zudem ist das BIP in nominaler Rechnung seit dem Jahr 2011 mit 8,2 Prozent überdurchschnittlich stark gewachsen.

Dazu passend präsentiert sich auch der Arbeitsmarkt im Südwesten in glänzender Verfassung – die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist von 2011 bis 2015 um fast 9 Prozent gestiegen und mit 3,9 Prozent kam Baden-Württemberg im vergangenen Jahr auf die zweitniedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer.

1. **Sachsen-Anhalt.** Weit größere Sorgen hat das momentan von CDU und SPD regierte Sachsen-Anhalt. Zwar setzen Unternehmen der Chemie und des Maschinenbaus durchaus einige Akzente, insgesamt aber reicht es im Bundesländervergleich nur für das zweitniedrigste Pro-Kopf-BIP.

Auch in Sachen Arbeitslosenquote steht das Land an vorletzter Position, wenngleich in den vergangenen Jahren ein deutlicher Rückgang der Quote zu verzeichnen war. Insgesamt bleibt die wirtschaftliche Dynamik aber schwach, was zusammen mit der stark schrumpfenden und alternden Bevölkerung die künftige Landesregierung vor enorme Herausforderungen stellt.

1. **Rheinland-Pfalz.** In Mainz ist derzeit eine von SPD und Grünen geführte Regierung am Ruder. Die Ausgangslage für die Nachfolger ist mittelprächtig. Auf der einen Seite dürften starke exportorientierte Unternehmen sowie die Nähe zu den Top-Regionen Rhein-Main und Rhein-Neckar dazu beigetragen haben, dass Rheinland-Pfalz im Schnitt des Jahres 2015 mit 5,2 Prozent die drittniedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer hatte.

Auf der anderen Seite war die Beschäftigungs- und Wirtschaftsdynamik zuletzt unterdurchschnittlich – der BIP-Zuwachs von 6,5 Prozent von 2011 bis 2014 reicht im Ländervergleich nur zu Rang 13.

Trotz all dieser Unterschiede sind die Aufgaben für die drei kommenden

Landesregierungen in wesentlichen Punkten identisch. Denn überall gilt es nicht zuletzt, die Digitalisierung der Wirtschaft zu fördern, die Fachkräftebasis zu sichern und Zuwanderer in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Kernaussagen in Kürze:

- In wirtschaftlicher Hinsicht sind Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz so unterschiedlich aufgestellt wie ihre noch amtierenden Regierungen.
- Baden-Württemberg steht in Sachen Wirtschaftsleistung und Arbeitsmarkt überdurchschnittlich gut da, Sachsen-Anhalt hat große Sorgen und Rheinland-Pfalz steht in etwa in der Mitte.
- Alle drei Länder stehen vor großen Herausforderungen hinsichtlich der Digitalisierung der Wirtschaft, der Fachkräftesicherung und der Integration von Zuwanderern.